

Montag, 28.01.2002

Verlags-Service • Leser • Anzeigen • On

online  
**STUTTGARTER  
 NACHRICHTEN**

**Olympia-Abonnement für 1 Monat.**

Home

## STN heute

Themen des Tages

STN Artikel suchen

Aus der Zeitung vom

Mo 28.01.

Stichwortsuche

Go

Stuttgart

Region Stuttgart

Landesnachrichten

Seite 1

► Politik

Hintergrund

Wirtschaft

Panorama

Kultur

Sport

## News

## Was Wann Wo

## Märkte

## Computer

## Verlags-Service


**webbes.de**

Baden Württemberg  
im Internet

Suchen

## Politik

Artikel aus den  
Stuttgarter Nachrichten  
vom 25.01.2002

[  Drucken » ][  Versenden » ]

[ &lt;&lt;&lt; zurück ]

## Strahlenopfer wollen Geld von Scharping

### Radarsoldaten fordern 128 Millionen Euro - Mahnwache vor Ministerium

Berlin/Stuttgart - Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping muss in wenigen Wochen mit einer Millionen-Klage von 730 vermutlich röntgenverstrahlten früheren Radartechnikern der Bundeswehr rechnen.

VON CLAUDIA LEPPING

Während die zumeist krebserkrankten Opfer bis Freitag mit einer Mahnwache vor seinem Amtssitz auf den ständig größer werdenden Kreis von Todesfällen aufmerksam machen, formuliert ihr Prozessbevollmächtigter Reiner Geulen eine Musterklage vor dem Berliner Landgericht. Scharping habe sein Versprechen gebrochen, krebserkrankte ehemalige Soldaten noch 2001 großzügig zu entschädigen.

Geulen nennt es "nachweisbar", dass 565 frühere Radarsoldaten zwischen 1958 und 1980 an defekten oder unzureichend geschützten Ortungsanlagen gearbeitet haben und dadurch an Krebs erkrankt sind. 165 weitere Techniker seien bereits gestorben. "Durch die Aussagen der Betroffenen, ihrer Ausbilder und Kommandanten ist eindeutig zuzuordnen gewesen, dass die heute Krebskranken an den stark strahlenden Anlagen gearbeitet haben", erläuterte der Anwalt.

Geulen will die Klage im März einreichen und Schmerzensgeld sowie Schadenersatz in Höhe von 128 Millionen Euro fordern: "Scharping trifft nicht die Schuld, aber er trägt heute die Verantwortung für die Versorgung der Opfer." Zeitgleich plant Geulen, in den USA eine Klage gegen die Hersteller der umstrittenen Radaranlagen im Umfang von 409 Millionen Euro zu erheben.

Das Ministerium dagegen hat für die Anerkennungsverfahren der heute zumeist pensionierten Radartechniker die Strahlung eines Geräts aus dem Jahr 1981 zu Grunde gelegt. Die Radartechniker behaupten, dass jenes Gerät schon besser geschützt gewesen sei als jene, an denen sie seit 1958 gearbeitet hätten. Erst 1980 hatte die Bundeswehr die Strahlenschutzbestimmungen übernommen. Vorher wurde nur sporadisch gemessen. In den 70er Jahren hatten sogar Fremdfirmen überhöhte Röntgenstrahlung bemängelt. Dennoch will Scharping eine Ursache zwischen Arbeitsplatz und Erkrankung pauschal nicht anerkennen. Er pocht auf Einzelfallprüfung, obgleich eine interne Kommission im Frühjahr zu dem Schluss gekommen war, dass den Geschädigten nicht zugemutet werden könne, heute noch ihre Strahlendosis zu rekonstruieren. Die

Ste

Ste  
DerSte  
DerWei  
Imi

Go

Die

Wel  
Wa:  
tren

[ Wi

Les

Ihre  
Sch  
Sich

Bör

Akti

Suc

Anerkennung als Berufskrankheit würde monatliche Zusatzrenten zwischen 200 und 550 Euro einbringen.

Zur Mahnwache vor dem Ministerium sind 40 kranke Radartechniker gekommen. Die parlamentarische Staatssekretärin Brigitte Schulte lud ihren Vorsitzenden zum Gespräch. Unserer Zeitung sagte sie anschließend: "Ich werde die Gutachten erneut überprüfen lassen." Sie würdigte das "intensive, entspannte und sehr persönliche Gespräch", das ihr die Einzelschicksale näher gebracht habe. Die Radarsoldaten hatten zuletzt die Zusammenarbeit mit dem Ministerium abgebrochen und dessen Sonderauftragtem Verzögerung vorgeworfen.

Aktualisiert: 26.01.2002, 05:33 Uhr

[ [News](#) | [STN heute](#) | [Was Wann Wo](#) | [Märkte](#) | [Computer](#) ]

---

© 2002 Stuttgarter Nachrichten online, Stuttgart Internet Regional GmbH | [Leserbrief schreiben](#)